

"Euro-Brücke schwer ins Wanken gebracht" in The Guardian (4. Juni 1992)

Legende: Am 4. Juni 1992 kommentiert die linke britische Tageszeitung The Guardian die Ablehnung des Maastricht-Vertrags durch die dänische Bevölkerung und fragt nach der Zukunft des europäischen Integrationsprozesses.

Quelle: The Guardian. 04.06.1992. Manchester: The Manchester Guardian and Evening News Ltd. "Earthquake rocks the Euro-bridge", p. 21.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/euro_brucke_schwer_ins_wanken_gebracht_in_the_guardian_4_juni_1992-de-25b8468b-5c9b-4145-a28b-3639a9c67259.html



Publication date: 05/07/2016

Euro-Brücke schwer ins Wanken gebracht

„Wenn nur jeder einhundertste Däne anders abgestimmt hätte ...“ So brachte Premierminister Poul Schluter in den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages seine Verzweiflung zum Ausdruck, als er das durch das Ergebnis des dänischen Maastricht-Referendums verursachte politische Erdbeben kommentierte. Auch in den anderen Hauptstädten der Gemeinschaft machte sich eine trübe Stimmung breit, als man sich der Tragweite dieses Abstimmungsergebnisses bewusst wurde.

Die Tatsache, dass weniger als 48 000 dänische Stimmberechtigte den Unterschied ausmachten, könnte das Aus für den Maastricht-Vertrag zur europäischen Einheit bedeuten und die EG in eine schwere politische und konstitutionelle Krise stürzen. Trotz der tapferen Versicherungen der anderen elf EG-Länder, dass sie den Vertrag ratifizieren werden, als sei nichts gewesen, sind die geopolitischen Grundlagen des europäischen Einigungsprozesses zutiefst erschüttert.

Die Ironie des Ergebnisses der dänischen Volksabstimmung geht weiter als die hauchdünne Mehrheit für die Ablehnung des Vertrags. Die Gegner des Vertrags sind untereinander völlig uneins darüber, zu welcher Art von Europa Dänemark eigentlich gehören soll. Etwa die Hälfte von ihnen – abgesehen von einigen Nostalgikern, die sich für eine unabhängige und isolierte nordische Enklave am Rande Europas einsetzen – sind aus demselben Holz geschnitzt wie die Euro-Skeptiker in Großbritannien. Doch auf jeden Dänen, der sich gegen Maastricht entschieden hat, weil eine Union die nationale Souveränität und Identität gefährden könnte, kommt ein anderer, der dem Vertrag aufgrund „euro-föderalistischer“ Gründe eine Absage erteilt hat.

„Ich habe das ungute Gefühl, dass unser Standpunkt von vielen in Großbritannien gründlich missverstanden wird“, erklärte ein militanter Maastricht-Gegner der linksgerichteten Sozialistischen Volkspartei Dänemarks nach Bekanntgabe des Ergebnisses. „Wir wollen wesentlich mehr EG-Politik zu Umweltbelangen und Sozialfürsorge und mehr Befugnisse für das Europäische Parlament, als in Maastricht versprochen wurde. Wir vertreten sozusagen das andere Extrem im Vergleich zu Ihrer Premierministerin Thatcher.“

Doch das Dänische „Nein“ wird anderswo als Schlag gegen eine föderale Europäische Union gesehen. Deswegen kam es nicht nur bei den britischen Föderalismus-Gegnern zu Freudenausbrüchen, sondern auch bei rechten und rechtsextremen Parteien in Frankreich, Deutschland und anderen Ländern, die ihre Ablehnungskampagnen jetzt intensivieren werden.

Bleibt die Frage, ob damit all jene, die wie Jacques Delors für schnellere Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union stehen, mit ihrer Weisheit am Ende sind. Beschwört das dänische Abstimmungsergebnis wieder de Gaulles alten Traum vom „Europa der Vaterländer“ herauf? Kann Europa nur dann funktionieren, wenn es in den Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts wurzelt?

Auf die Klärung dieser Fragen werden die Euro-Skeptiker nun mit Nachdruck beharren. Für Delors gibt es keine Alternative zur Europäischen Union. Seine Botschaft an die dänischen Skeptiker lautet, dass der Rest der Gemeinschaft den Vertrag nun noch entschlossener umsetzen sollte.

Geht es nach der Boulevardpresse, hatten Delors Vorstellungen von der Europäischen Union schon immer etwas von einer Karikatur. Doch der Präsident der Kommission ist ein äußerst umsichtiger Mensch. Sein Eintreten für eine starke und fortwährende Präsenz des Nationalstaates in Europa hat bei echten Euro-Föderalisten für mehr und mehr Enttäuschung gesorgt, zumal diese den Nationalstaat als anachronistisches Hindernis für ein neues und demokratischeres Europa betrachten.

Doch die Tatsache, dass Dänemark an die äußersten Grenzen der Europäischen Gemeinschaft gedriftet ist – wenn es das ist, was gerade passiert –, kann letztlich zu einer schnelleren Integration führen, egal, was die Euro-Skeptiker meinen. Sofern die anderen EG-Staaten mit der Umsetzung des Maastricht-Vertrags fortfahren, werden sie eine neue Europäische Gemeinschaft schaffen und Dänemark als Mitglied der alten Gemeinschaft zurücklassen.

Die Reaktionen aus Bonn, Paris, Rom und den meisten anderen Hauptstädten – von Brüssel ganz zu schweigen – zeigen eine Entschlossenheit, die Krise eher als Antrieb denn als Bremse für die europäische Integrationsbewegung zu nutzen. Delors selbst ist der Auffassung, die wahrscheinliche Absage der Dänen könnte die Brücke zerstört haben, über die immer mehr west- und osteuropäische Staaten in eine weniger auf Integration bedachte Gemeinschaft gelangen möchten.

Das wären äußerst schlechte Nachrichten für John Major, zumal sich dessen Regierung gerade auf die Übernahme des EU-Ratsvorsitzes nächsten Monat vorbereitet. Zwar hat sich die Dringlichkeit einer EG-Erweiterung auf Grund des dänischen Abstimmungsergebnisses verringert, das kann aber nur die Position jener stärken, die sich für eine engere Union innerhalb einer kleineren, aber enger verwobenen Gemeinschaft einsetzen.

Auch wenn andere Regierungen der EG nun versuchen, der Integration mehr Bedeutung beizumessen als einer Erweiterung, werden die Minister des Vereinigten Königreichs sicher jedes Mal auf ihrem Veto gegen die nächste Etappe der Europäischen Union bestehen, wenn das Gespräch auf dieses Thema gebracht wird. Doch sollten die Briten Dänemark verlieren, verlieren sie das einzige EG-Land, das viele der Argumente der Konservativen gegen eine supranationalere Europäische Union geteilt hat.

* * *

Noch kann nicht vorhergesagt werden, wie sich die dänische Entscheidung auf die hauptsächlich skandinavischen EFTA-Mitgliedstaaten auswirken wird, die sich bereits um eine EG-Mitgliedschaft beworben haben oder dies in Kürze tun werden. Insbesondere die schwedische Regierung setzt sich weiter unverzagt dafür ein, den Kurs trotzdem beizubehalten. Gleichwohl könnte der Widerstand der dänischen Wähler gegen das politische Establishment, das für Maastricht war, den starken Oppositionsbewegungen in Schweden, Finnland und vor allem Norwegen neuen Auftrieb verleihen und eine Mitgliedschaft verzögern, ja sogar verhindern.

Einerseits werden Oslo, Stockholm und Helsinki sehr viel umsichtiger bei den Vorbereitungen auf die EG-Beitrittsverhandlungen sein. Andererseits wird der Rest der Gemeinschaft – mit Ausnahme Großbritanniens – angesichts der Ablehnung des Maastricht-Vertrags durch die Dänen skeptischer gegenüber dem Beitritt weiterer „unzuverlässiger“ nordischer Staaten sein.

Sofern die Äußerungen des portugiesischen EG-Ratsvorsitzes, der Kommission sowie der französischen, deutschen und anderer EG-Regierungen für bare Münze zu nehmen sind, ist die Neuverhandlung des Maastricht-Vertrags unter Berücksichtigung der dänischen Einwände keine Option. Doch diese Idee ist nicht völlig abwegig, immerhin könnte sie einen Ausweg aus der Krise darstellen.

Als Bestandteil ihrer anti-föderalen Kampagne setzte sich insbesondere die britische Regierung dafür ein, im Maastricht-Vertrag drei separate „Säulen“ für den Beschlussfassungsprozess in der neuen Europäischen Union zu verankern. Die erste Säule steht für die gestärkten Römischen Verträge und beinhaltet eine Wirtschafts- und Währungsunion (und letztendlich eine gemeinsame Währung), eine Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat auf eine größere Palette von EG-Politiken sowie weiter reichende Befugnisse für das Europäische Parlament. Die anderen beiden Säulen, die sich auf die Außen- und Sicherheitspolitik beziehungsweise auf die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres konzentrieren, sind zwischenstaatlicher und nicht gemeinschaftlicher Natur. Im Gegensatz zu den Römischen Verträgen bewahren die nationalen Regierungen infolgedessen in diesen Bereichen noch immer ein absolutes Vetorecht gegen Beschlüsse des Ministerrates.

Wenn der dänische Außenminister Uffe Ellerman Jensen im Laufe des heutigen Tages in Oslo mit seinen EG-Amtskollegen zusammentrifft, wird er einen Versuch zur teilweisen Neuverhandlung des Maastricht-Vertrags unternehmen, der, wie er zugibt, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Eine Möglichkeit wäre es, Dänemark die Möglichkeit zu geben, den geänderten EWG-Vertrags zu unterzeichnen und sich nicht an den anderen beiden Säulen zu beteiligen, zumal in Dänemark Vorbehalte gegenüber allem bestehen, was den Anschein eines EG-Verteidigungsbündnisses oder einer europäischen Polizei hat.

Wie dem auch sei, der Fahrplan zur Ratifizierung von Maastricht, zur Fortsetzung der Verhandlungen zur Erweiterung der Gemeinschaft und zur Vorbereitung auf die nächste Runde zur Vertiefung der Europäischen Union gerät ins Wanken. Gleichwohl dürfte der Ratifizierungsprozess in den anderen elf Staaten erfolgreich verlaufen, möglicherweise aber nicht vor dem nächsten Jahr. Denn Angelegenheiten wie die Erweiterung und sonstige Bestrebungen in Richtung Union könnten nun von 1995 auf 1996 oder noch später verschoben werden.

Der berühmte Euro-Zug hat einen Teil seiner Fracht verloren und zeigt erste Anzeichen von Verschleiß. Dennoch ist er noch nicht entgleist.